

12. April 2023

Postulat

von Michele Romagnolo (SVP)
und Reto Brüesch (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Personen der Sicherheitsbereiche (Schutz & Rettung, Sanität und Polizei) dahingehend unterstützt werden können, dass sie nicht in den frühzeitigen Ruhestand gehen, um den aktuellen Engpass zu überbrücken. Dies zumindest für eine begrenzte Zeit, bis sich die angespannte Personalsituation etwas entschärft hat. Kurz vor der Rente stehende Personen in den erwähnten Sicherheitsbereichen sind noch relativ nah am Job und benötigen daher wenig Einarbeitungszeit. Neue Kräfte einzustellen dauert von der Rekrutierung bis zur Einsatzbereitschaft mehrere Jahre.

Begründung:

Wie bekannt ist, fehlt in den Notfallorganisationen in Zürich Personal. Durch die geplante Einführung einer 35-Stunden-Woche bei Schichtorganisationen wird das Lohnniveau 100 Prozent betragen. Aufgrund der geringen Anzahl an Arbeitsstunden ist eine Aufstockung der Stellen erforderlich.

Unabhängig vom Umfang des Stellenausbaus dauert es mindestens zwei bis drei Jahre, bis neues Personal in diesen Bereichen voll ausgebildet und einsatzbereit ist. Gleichzeitig hat der Stadtrat unverständlicherweise den frühzeitigen Ruhestand gefördert. Dadurch gehen hochoberfahrene Beamte verloren.

Die derzeitige Praxis sieht vor, dass Beamte ab 58 Jahren in Frührente gehen können. Wer ab 60 Jahren in den Ruhestand geht, erhält von der Stadt einen Zuschuss für maximal fünf Jahre bis zur ordentlichen Rente. Die Beamten sollten durch einen Zuschuss motiviert werden, länger im Dienst zu bleiben. Diese Beamte wären vor Ort und sofort einsatzbereit. Auch wenn die meisten nicht mehr auf die «Strasse» gehen wollen, können sie zum Beispiel Anzeigen entgegennehmen, Ermittlungen durchführen oder im Innendienst tätig werden.

